

Medieneinladung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn



Solothurn, 8. März 2015

Klares Signal des Solothurner Stimmvolkes gegen Deregulierung und Sozialabbau

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) freut sich über das deutliche nein zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten und die Ablehnung der Kürzung der Prämienverbilligung. Damit hat das Stimmvolk einmal mehr deutlich gemacht, dass die bürgerlichen Abbaupläne nicht gutgeheissen werden. Der GbS erwartet von den bürgerlichen Parteien, dass sie nun endlich diese Haltung des Volkes zur Kenntnis nehmen und die Entscheide akzeptieren.

Unsinnige Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten verhindert

Die Annahme der Variante 2 des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes, also die praktisch Beibehaltung der bisherigen Ladenöffnungszeiten, zeigt einmal mehr, dass diese keinem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen.

Mit der Annahme der Variante 2 drückt das Stimmvolk auch klar aus, dass dem Verkaufspersonal nicht immer mehr zugemutet werden kann.

Das Solothurner NEIN ist zudem ein klarer Wink an das eidgenössische Parlament. Dort ist derzeit ein Ladenöffnungszeiten-Gesetz in Diskussion, welches sehr ähnliche Öffnungszeiten wie die, in Solothurn verworfene Vorlage vorsieht. Gemäss dem Gesetzesentwurf sollen in der ganzen Schweiz die Läden werktags von 6 bis 20 Uhr und am Samstag von 6 bis 19 Uhr geöffnet sein dürfen. Konkret würde dies bedeuten, dass in zwei Drittel aller Kantone die Ladenöffnungszeiten per Bundesgesetz verlängert würden.

Kein Sparen auf dem Buckel der kleinen und mittleren Einkommen

Die Ablehnung der Senkung der Prämienverbilligung ist ein Zeichen der Stimmbevölkerung, dass sie weitere Sparübungen auf Kosten der kleinen und mittleren Einkommen klar ablehnt. Die individuelle Prämienverbilligung ist ein gutes Instrument, um Familien mit tiefen Einkommen materiell zu entlasten.

Die Annahme der Kürzung hätte dafür gesorgt, dass die Budgets vieler Familien in unserem Kanton massiv gekürzt worden wären, was letztendlich auch ein Schaden für die Wirtschaft mit sich gebracht hätte.

Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn ruft die bürgerlichen Parteien ein für alle Mal auf, die Haltung des Solothurner Stimmvolkes zur Kenntnis zu nehmen und künftig auf Sparmassnahmen und soziale Verschlechterungen auf dem Buckel von kleinen und mittleren Einkommen zu verzichten.

Weitere Auskünfte:

Markus Baumann, Präsident GbS, 079 435 64 47